

An die

Wien, am 5. November 2014

Österreichische Bundesregierung

An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer

An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz

An das Präsidium des Nationalrats

Per Email an: kultusamt@bka.gv.at

Mit Kopie an: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Stellungnahme von Mihrican Topal zum Entwurf des neuen Islamgesetzes

Zum Entwurf des neuen Islamgesetzes nehme ich, Mihrican TOPAL, wie folgt Stellung:

In Bezug auf das Verbot der Finanzierung aus dem Ausland, möchte ich mich Verfassungsjuristen/-innen und Religionsrechtsexperten/-innen anschließen und hier aber auf die politische Bedeutung dessen näher eingehen. Nach persönlichen Unterhaltungen mit politischen Funktionären/-innen der ÖVP und auch der SPÖ sowie einigen Medienvertreter/-innen und auch einem Religionsrechtsexperten, möchte ich festhalten, dass dieses Verbot offenbar auf die Wahlkampfaktion des jetzigen türkischen Präsidenten Erdogan abzielt. Diese Absicht wurde auch von Regierungsmitgliedern medial transportiert. Nun liegt es mir fern, auch nur in irgendeiner Form Erdogan und/oder seinen Besuch in Wien zu verteidigen. Nur möchte ich festgehalten wissen, dass keine Moschee in Österreich ihn eingeladen hatte, sondern die UETD. Dass jetzt nun ALLE islamischen/muslimischen Vereine in Österreich darunter leiden müssen, ist demokratiepolitisch nicht vertretbar und strikt abzulehnen. Dieses Problem kann man mit einem eigenen Gesetz, welches Politiker/-innen anderer Staaten verbietet in unserem Land Wahlkampfwerbung zu machen, lösen. Das ist aus meiner Sicht nicht schwer und wäre noch dazu treffsicher.

Den Aussagen der Regierungsmitglieder in den Medien ist zu entnehmen, dass das Islamgesetz auch als Integrationsgesetz verstanden wird. Hier sehe ich eine klare Themenverfehlung! Das Islamgesetz dient dazu, die Beziehung und Kommunikation zwischen Staat und dem offiziellen Islam in Österreich zu regeln. Integrationsgesetze sind ein anderes Thema mit einem anderen Geltungsbereich und sind dementsprechend eigens zu erlassen.

Ein weiterer Grund, warum dieser Entwurf komplett abzulehnen ist, stellt eine weitere Themenverfehlung dar. Demnach soll das Islamgesetz auch dazu dienen, gegen Extremismen, Radikalität oder gar Terror vorgehen zu können. Hierzu gilt dasselbe wie oben. Die muslimische Zivilgesellschaft unterstützt den Staat in jeglicher Arbeit gegen Terror und Extremismus, jedoch sollten dazu andere Gesetze als ein Religionsgesetz dienen. Gesetze, die es bereits gibt, die bereits sehr gut greifen und wo der Verfassungsschutz sehr gute Arbeit leistet. Maßnahmen, die zur Prävention dienen und Menschen gar nicht in die Lage bringen sollen, irgendwelchen Extremismen

folgen zu wollen, werden begrüßt, müssen jedoch gesondert erarbeitet und gesetzt werden. Festzuhalten ist hier, dass auch dieses Problem ein gesamtgesellschaftliches ist, das als Querschnittmaterie zu behandeln ist. Demnach betrifft die Präventionsarbeit nicht nur das Integrationsministerium, sondern auch das Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Justizministerium. Auch ist hier die aktive ZUSAMMENarbeit mit der muslimischen Zivilgesellschaft zu forcieren. Stattdessen empfinde ich, als Teil dieser muslimischen Zivilgesellschaft, eine Opposition statt Kooperation. Ich gehe sogar einen Schritt weiter, und meine, dass dieser Entwurf auch in diesem Punkt völlig kontraproduktiv ist, da er den bereits vorhandenen Generalverdacht gegenüber Muslimen/-innen in Österreich legitimiert und untermauert. Schon jetzt ist es nicht möglich über Vorfälle, die unsere Gesellschaft ablehnt zu sprechen, wenn man als Muslim/-in davon betroffen wird. Rassistische Übergriffe, verbale Angriffe, erschwerter Einstieg in die Berufswelt und noch vieles mehr, wird nicht angemessen sanktioniert oder gar beachtet, wenn die Betroffenen muslimischen Glaubens sind. Oft wird ihnen sogar unterstellt, dass sie sich das eingebildet hätten oder es wird als Einzelfall abgetan. Es kann nicht im Interesse einer Regierung, die für Demokratie und europäische Werte eintritt, dass es irgendeinem Teil der Bevölkerung immer schlechter und schlechter geht.

Auch kann ich dem Sager „Islam europäischer/österreichischer Prägung“ u.a. auch von Ednan Aslan nichts abgewinnen. Immer wieder wird Muslimen/-innen unterstellt, sie wären nicht integriert oder gar unwillig sich zu integrieren. Dass es zu dieser Stunde bereits 77 Stellungnahmen zu diesem Gesetzesentwurf, darunter eine ablehnende Mehrheit, sowie Bürgerinitiativen und andere Formen des Protests gibt, spricht dafür, dass diese Menschen Österreich eben als einen Teil ihrer Selbst und sich als Teil Österreichs verstehen! Offenbar sehen auch viele nicht muslimische Menschen die Muslime/-innen dieses Landes als ein selbstverständliches Glied dieser Familie an. Denn viele Stellungnahmen kommen auch von nicht Muslimen/-innen. In Würdigung dieses Umstandes, sollte die Bundesregierung auf jeden Fall diesen Entwurf ablehnen und mit den Verhandlungen von vorne beginnen. Was will man denn auch damit, dass man das Gesetz trotz Widerstand bringt, bezwecken? In Zeiten wie diesen, wo leider viele Menschen dieses Landes fast schon den Glauben an die Demokratie verloren haben, schätze ich dieses Signal als fatal ein! Dass genau in so einer schwierigen Zeit ausgerechnet die Muslime/-innen, denen ja immer wieder Demokratiefeindlichkeit und fehlendes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit vorgeworfen wird, jetzt die sind, die unsere Demokratie feiern und vorleben, ist doch ein klares Signal, dass sie angekommen sind!

Außerdem sei festgehalten, dass es bereits einen Islam europäischer Prägung gibt. Von Portugal über Spanien bis nach Italien, auf dem ganzen Balkan, von Großbritannien bis hinunter nach Griechenland, gibt es bereits einen europäischen Islam! Und das nicht erst seit dem/der ersten Gastarbeiter/-in, sondern seit Jahrhunderten! Somit ist auch diese Forderung nicht nachvollziehbar, da sie bereits erfüllt ist. Wir österreichische Musliminnen und Muslime SIND bereits ein Ausdruck eines Austro-Islam. In diesem Zusammenhang sind Aussagen wie „Wenn es euch hier nicht passt, dann geht“ einfach untragbar.

Angesichts des Protests von großen Teilen der muslimischen Bevölkerung sowie vielen nicht Muslimen/-innen, wäre es demokratiepolitisch fatal und schlicht nicht rechtfertigbar, wenn dieser Entwurf tatsächlich zur Abstimmung kommen sollte.

Im Sinne oben angeführter Ausführungen, ersuche ich, den Entwurf zum neuen Islamgesetz komplett abzulehnen und nach einer Beruhigung die Verhandlungen mit neuen Partner/-innen und unter

Einbeziehung der muslimischen Zivilgesellschaft neu zu beginnen. Ich fordere transparente Verhandlungen, die stark von der muslimischen Basis gekennzeichnet sind.

Mihrican TOPAL, e.h.